



Flüchtlinge vor dem Registrierungszentrum in Moria auf Lesbos: „Nicht nach Bulgarien“

## Verloren im Hotspot

**Grenzschutz** Auf Lesbos registrieren deutsche Kripobeamte Flüchtlinge. Doch ihre Arbeit ist sinnlos, solange die Verteilung nicht klappt.

Endlich, Europa! Rami hat es geschafft. Der Koch aus Damaskus hat mit seiner Frau und den beiden Töchtern die gefährliche Überfahrt von der türkischen Küste nach Griechenland überstanden, ein Schiff der griechischen Küstenwache hat sie am frühen Morgen aus ihrem Schlauchboot gefischt und in den Hafen von Mytilini gebracht. Es war viel Glück dabei, zur selben Zeit ertranken mehr als 30 Flüchtlinge bei dem Versuch, die griechische Insel Lesbos zu erreichen.

Jetzt steht die Familie ein bisschen verloren zwischen den Containern im sogenannten Hotspot, dem Registrierungszentrum für Flüchtlinge. Sie sehen aus wie ganz normale Reisende. Rami trägt einen halblangen Mantel, die Kinder sind warm in Steppjacken eingepackt, sogar die Hauskatze haben sie in einem Plastikkäfig dabei. Umzingelt von Stacheldraht, warten sie nun darauf, wie es mit ihnen weitergeht.

Eigentlich ist die Antwort klar, in der Theorie zumindest. Registrierung im Hotspot, anschließend Umverteilung in ein europäisches Land, dort findet dann das Asylverfahren statt. So sehen es die Pläne vor, mit denen die Europäer die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen wollen.

In den vergangenen Monaten verging kaum eine Woche, in der die Kommission von Jean-Claude Juncker nicht einen neuen Vorschlag ausgestoßen hätte, das Berlaymont, Junckers mächtiger Behördensitz, vibrierte vor Betriebsamkeit.

Das Problem ist nur, dass die meisten Ideen bislang lediglich auf dem Papier stehen. Weil Griechen und Türken ihre Küste nicht kontrollieren können oder wollen, müssen jetzt sogar Schiffe der Nato dabei helfen, 175 Soldaten der Bundeswehr inklusive.

In Moria auf Lesbos immerhin funktioniert inzwischen der sogenannte Hotspot, das Kernstück des EU-Konzepts. Beamte der europäischen Grenzschutzagentur Frontex arbeiten in drei Schichten. Sie wollen ergründen, woher die Flüchtlinge kommen, und nehmen ihnen mit sogenannten Eurodac-Geräten Fingerabdrücke ab. Diese Scanner haben es zu einiger Berühmtheit gebracht, weil die Griechen in der Vergangenheit entweder zu wenige hatten oder sie nicht bedienen konnten. In Moria sitzt nun eine Kommissarin aus Köln an einem der Apparate und nimmt die Fingerabdrücke eines jungen Afghanen. Sie gehört zu den rund 250 Frontex-Leuten, die auf Lesbos aushelfen.

Rami und seine Familie sind ein klarer Fall. Sie stammen aus Syrien, ihre Papiere sind in Ordnung, sie haben Anspruch auf Schutz in der EU. Doch das Prozedere ist nicht immer so einfach. Ein paar Meter weiter wird zum wiederholten Male ein bärtiger Mann in das Containerbüro gerufen, sein Pass weist ihn als Iraner aus, er behauptet aber, aus dem Irak zu stammen.

„Wir prüfen die Identität der Flüchtlinge sehr genau“, sagt einer der deutschen Kriminalbeamten. In der Theorie sollen bis zu 4000 Flüchtlinge am Tag durch den Hotspot geschleust werden, doch es ist ein zähes Geschäft. Die Dolmetscher erkennen

inzwischen fast jeden Dialekt, die Polizisten haben Fangfragen parat. Wer etwa behauptet, er habe bei der Flucht über den Euphrat eine ganz bestimmte Brücke überquert, bekommt ein Problem – denn den Übergang gibt es seit Jahren nicht mehr.

Absolute Sicherheit, dass sich nicht doch ein IS-Terrorist über die Flüchtlingsroute einschmuggelt, könne er dennoch nicht versprechen, sagt Dimitris Amoutzias, 34. Der Mann trägt eine Schirmmütze und breite Wappen am Hemd, der Polizeichef des Hotspots sieht aus wie der Cop einer amerikanischen TV-Serie. „Wir können nicht ins Gehirn blicken, was einer zu tun beabsichtigt“, sagt er.

Das Problem ist zudem, dass es noch immer kein geordnetes Verfahren gibt, nach dem die Flüchtlinge den Hotspot verlassen. Ginge es nach dem Plan der EU, müssten sie auf dem Festland erst mal in eines der großen Aufnahmelager, die Griechenland auf Geheiß der Europäer baut. Hier trennen sich die Wege: Flüchtlinge mit wenig Aussichten auf Schutz sollen nach einem Schnellverfahren in die Türkei zurückgeschickt, alle anderen anhand eines festen Schlüssels in Europa verteilt werden. „Die einzelnen Elemente sind alle da“, sagt Maarten Verwey, Chef der EU-Taskforce, die die Griechen in der Flüchtlingskrise auf Trab bringen soll, „jetzt müssen sie ineinandergreifen.“

Doch das klappt noch nicht, wie Ramis Fall zeigt. Eine Frau von der europäischen Asylbehörde tritt an ihn heran, Dolmetscherin im Schlepptau. „Haben Sie schon mal daran gedacht, dass es einen legalen Weg nach Europa gibt?“, fragt sie. Sie bietet zwei Monate im Hotel in Athen an, drei Mahlzeiten am Tag, und dann eine Verlegung in ein anderes europäisches Land.

Es hat etwas von einer Drückerkolonne, doch anders als die SIM-Karten-Verkäufer am Eingang zum Hotspot werben die Damen für das offizielle Umsiedlungsprogramm, das die Europäer im September gegen den zähen Widerstand mehrerer osteuropäischer Staaten beschlossen haben. Bislang sind noch keine 600 Flüchtlinge verteilt worden, doch das liegt nicht nur an der Trägheit der EU-Mitglieder.

Rami blickt seiner Frau in die Augen, eben haben sie die lebensgefährliche Überfahrt überstanden, jetzt soll er binnen weniger Minuten über das weitere Schicksal seiner Familie entscheiden.

„Wir wollen in die Niederlande“, sagt er, da hätten sie Verwandte. Das sei leider nicht so einfach, sagt die Dame von der Asylbehörde, im Umsiedlungsprogramm könne er sich nicht aussuchen, wohin er geschickt werde. „Ich will eine Zukunft für meine Töchter“, sagt Rami. „Ich will nicht nach Bulgarien.“ Damit ist das Gespräch fürs Erste beendet.

Rami verspricht, es sich noch einmal zu überlegen.

Peter Müller